

## PDF hosted at the Radboud Repository of the Radboud University Nijmegen

The following full text is a publisher's version.

For additional information about this publication click this link.

<http://hdl.handle.net/2066/47195>

Please be advised that this information was generated on 2021-06-23 and may be subject to change.

Die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) war mehr als nur ein innereuropäischer Prozess. Anhand neuer Akten kann der Verfasser nachweisen, dass die Politik, die die Bundesregierung in dieser Frage verfolgte, nur im Kontext der amerikanischen Außenpolitik verstanden werden kann.

Mathieu L. L. Segers

## Zwischen Pax Americana und Pakt Atomica

Das deutsch-amerikanische Verhältnis  
während der EURATOM-Verhandlungen 1955–1957

Im Jahre 1990 machte Michael Eckert erstmals darauf aufmerksam, wie sehr die Vereinigten Staaten die Politik der Bundesrepublik Deutschland während der EURATOM-Verhandlungen beeinflusst hatten. Laut Eckert handelt es sich hier um einen „entscheidenden Faktor, der bislang unterbewertet wurde“<sup>1</sup>. Von wenigen Ausnahmen abgesehen<sup>2</sup>, ist darüber seither kaum mehr geforscht worden. So schien die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die aus dem einen der zwei Römischen Verträge entstanden ist, eine viel größere Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess nach 1957 zu haben. Dahinter verloren die EURATOM-Verhandlungen an Bedeutung. Es ist darum nicht verwunderlich, dass wichtige neue Erkenntnisse über die EURATOM-Verhandlungen bestenfalls als Randbemerkungen in einer Publikation über die EWG präsentiert werden<sup>3</sup>. Doch wurde gerade EURATOM während der Unterhandlungen meist als der Wichtigere der zwei Verträge betrachtet<sup>4</sup>. Außerdem führt die unverhältnismäßig große Aufmerksamkeit für die EWG häufig zu der revisionistischen Behauptung, dass für die westeuropäische Zusammenarbeit in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre schlechthin die Behauptung zutrifft, dass die Vereinigten Staaten nicht

<sup>1</sup> Michael Eckert, Kernenergie und Westintegration. Die Zähmung des westdeutschen Nuklearnationalismus in: Ludolf Herbst u. a. (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 314–334, hier S. 318. – Wichtige Teile dieses Artikels wurden auf dem Kongress „The relations between the German Federal Republic and the United States: Cornerstone of the transatlantic community?“ am 2./3. 12. 2004, Centre for German Studies Nimwegen, präsentiert. Ich bedanke mich bei den Teilnehmern dieses Kongresses, sowie bei den Teilnehmern an der Arbeitsberatung Internationale Beziehungen der Radboud Universität Nimwegen für ihre hilfreichen Bemerkungen.

<sup>2</sup> Vgl. im besonderen Peter Fischer, Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, Baden-Baden 1994, obwohl sich die Studie nicht über den ganzen Zeitabschnitt der EURATOM-Verhandlungen erstreckt.

<sup>3</sup> Vgl. Paul M. Pitman, „A General named Eisenhower“: Atlantic crisis and the origins of the EEC, in: Marc Trachtenberg (Hrsg.), Between empire and alliance. America and Europe during the Cold War, Lanham u. a. 2003, S. 33–61.

<sup>4</sup> Vgl. Jonathan E. Helmreich, The United States and the formation of EURATOM, in: Diplomatic History 15 (1991), S. 387–410, hier S. 388 f.

länger als der allmächtige Außenstehende „waiting in the wings to move the plot along“ betrachtet werden müssen<sup>5</sup>.

Doch gibt es auch Gegenstimmen zur These, die Vereinigten Staaten hätten in den EURATOM-Verhandlungen nur eine unbedeutende Rolle gespielt<sup>6</sup>. Sie betonen vielmehr die Bedeutung der amerikanischen Diplomatie während dieser Verhandlungen<sup>7</sup>. Wie also sind die amerikanisch-deutschen Beziehungen während der EURATOM-Verhandlungen zu bewerten? Zwei Fragen schienen mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Erstens, wie lässt sich erklären, dass die Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1956 ihre Verhandlungsposition in Bezug auf EURATOM in wesentlichem Maße an die französische Position anpasste<sup>8</sup>? Zweitens, welche Rolle spielten dabei die Vereinigten Staaten?

Der Aufsatz ist in acht Abschnitte untergliedert. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der französischen Position, insbesondere mit der Tatsache, dass seit dem Frühling 1955 eine europäische Atomgemeinschaft die wichtigste Zielsetzung der französischen Europapolitik darstellte. Daran schließt sich ein Abschnitt über die amerikanisch-deutschen Beziehungen in der Zeit der EURATOM-Verhandlungen an. Dieser Zeitabschnitt lässt sich in zwei Phasen untergliedern. In den Abschnitten 2 bis 4 geht es um die erste Phase, die sich von Anfang 1955 bis Mitte 1956 erstreckt. Zu dieser Zeit klärten die Vereinigten Staaten ihren Standpunkt hinsichtlich der westeuropäischen Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie. Zugleich versuchten Bonn und Washington ihre Standpunkte in dieser Frage abzustimmen. In beiden Hauptstädten herrschte intern eine uneinheitliche Meinung hinsichtlich EURATOM. In den Abschnitten 5 bis 7 steht die zweite Phase im Mittelpunkt, die sich von Mitte 1956 bis Anfang 1957 erstreckt. In dieser Phase beschloss die Bundesrepublik Deutschland ihre Außenpolitik der französischen Position anzupassen, was verbunden war mit einer endgültigen Stellungnahme zu EURATOM. Die amerikanisch-deutschen Beziehungen wurden in dieser Phase dominiert durch das

<sup>5</sup> Alan S. Milward, *The European rescue of the nation-state*, London 1994, S. 23; vgl. auch Andrew Moravcsik, *The choice for Europe*, London 1998, S. 4.

<sup>6</sup> Vgl. Robert H. Lieshout, *The struggle for the organization of Europe. The foundations of the European Union*, Cheltenham/Northampton 1999, S. 150; Geir Lundestad, „Empire“ by integration. *The United States and European integration 1945–1997*, Oxford 1998, S. 129.

<sup>7</sup> Vgl. Helmreich, *United States*; Pascaline Winand, *Eisenhower, Kennedy and the United States of Europe*, New York 1993, S. 83–103; Lundestad, „Empire“ by integration, S. 48–52, S. 85 u. S. 133.

<sup>8</sup> Zur Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland in den EURATOM-Verhandlungen vgl. neben Eckert, *Kernenergie*, in: Herbst u. a. (Hrsg.), *Marshallplan*, und Fischer, *Atomenergie*, insbesondere Peter R. Weilemann, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft: zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957*, Baden-Baden 1983, und ders., *Die deutsche Haltung während der EURATOM-Verhandlungen*, in: Enrico Serra (Hrsg.), *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, Brüssel 1989, S. 531–545. Siehe auch Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963*, Bd. I: 1949–1958, München 2001; Andreas Wilkens, Jean Monnet, Konrad Adenauer und die deutsche Europapolitik, in: Ders. (Hrsg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 73–139; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und die Kernwaffen*, in: *VfZ* 37 (1989), S. 567–593, und ders., *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1991.

Misstrauen, das die Haltung der amerikanischen Regierung in der Suez-Krise und die Präsentation des Radford-Planes bei Bundeskanzler Konrad Adenauer hervorriefen. Im achten Abschnitt wird Bilanz gezogen.

### La condition française

Am 26. Dezember 1954 tagte ein Teil des französischen Kabinetts, auch auf Veranlassung des *Commissariat à l'Énergie Atomique* (CEA), um über den militärischen Einsatz von Kernenergie zu beraten. In dieser streng geheimen Zusammenkunft vertrat Ministerpräsident Pierre Mendès-France den Standpunkt, dass die Welt geteilt sei „zwischen den Atommächten und den anderen“<sup>9</sup>. Laut Mendès-France sollte Frankreich sich so schnell wie möglich der ersten Gruppe anschließen. Dies nicht zuletzt in Hinblick auf „den Vorteil, den Frankreich auf diesem Sektor gegenüber Deutschland habe, nachdem dieses auf die Herstellung der Atomwaffe“ im Rahmen der Pariser Verträge „verzichtet habe“<sup>10</sup>. Mendès-France beabsichtigte ein geheimes Studienprogramm auf dem Nukleargebiet zu starten und Vorbereitungen für den Bau einer Atombombe und eines Atomunterseebootes zu treffen. Obwohl das Kabinett im Februar 1955, als die Regierung Mendès-France gestürzt wurde, noch keinen endgültigen Beschluss über diese Vorlagen gefasst hatte, nahm das CEA damals bereits energisch ein militärisches (Studien-)Programm in Angriff<sup>11</sup>.

Die Mitte-Rechts-Regierung unter der Leitung von Edgar Faure, welche auf die Regierung Mendès-France folgte, schien zunächst wenig Ambitionen auf dem Gebiet der Kernenergie zu haben. Faure sprach sich sogar öffentlich gegen den militärischen Einsatz von Kernenergie aus. Auch das neue Projekt einer europäischen Gemeinschaft für den (friedlichen) Einsatz von Kernenergie, das Jean Monnet – den Faure als politischen Feind betrachtete – am Ende des Jahres 1954 immer mehr begeisterte, wurde von Faure abgelehnt<sup>12</sup>. Es stellte sich heraus, dass die reservierte Haltung von Faure kein Hindernis für das CEA war. Das *Commissariat* setzte die unter Mendès-France gestarteten Vorbereitungen zur Herstellung französischer Kernwaffen unvermindert fort<sup>13</sup>.

<sup>9</sup> Bertrand Goldschmidt, *Les rivalités atomiques 1939–1966*, Paris 1967, S. 206.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 206 f. Durch die Pariser Verträge wurde die Brüsseler Vertragsgemeinschaft (Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Länder) im Herbst 1954 um die Bundesrepublik Deutschland und Italien erweitert und zur Westeuropäischen Union (WEU) umgebildet. Ein anderer Punkt dieser Verträge hatte den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Produktion von ABC-Waffen zum Inhalt.

<sup>11</sup> Vgl. Goldschmidt, *Les rivalités*, S. 207; Lawrence Scheinman, *Atomic energy policy in France under the Fourth Republic*, Princeton 1965, S. 112–115.

<sup>12</sup> Vgl. Christian Pineau/Christiane Rimbaud, *Le grand pari. L'aventure du traité de Rome*, Paris 1991, S. 155; Pierre Gerbet, *La France et l'intégration européenne. Essai d'historiographie*, Bern 1995, S. 60; Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 92; François Duchêne, *Jean Monnet: the first statesman of interdependence*, New York 1994, S. 264–271.

<sup>13</sup> Vgl. Wilfrid L. Kohl, *French Nuclear Diplomacy*, Princeton 1971, S. 16 u. S. 22–24. Nicht nur die Politik des CEA, sondern auch die Aktivitäten der gaullistischen Minister Gaston Palewski

Der *Quai d'Orsay* nahm eine Mittelposition ein. Hier machte man sich große Sorgen um eine amerikanisch-deutsche Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie, die auf Kosten Frankreichs gehen würde. Darum befürwortete man Monnets Pläne für eine europäische Atomgemeinschaft. Das französische Außenministerium tendierte seit einiger Zeit dazu, *le problème allemand* dadurch zu lösen, indem man mit dem deutschen Nachbarn zusammenarbeitete, ihn aber gleichzeitig kontrollierte<sup>14</sup>. Faure näherte sich diesem Standpunkt bald an. Nach dieser Auffassung würde eine europäische Atomgemeinschaft doppelten Vorteil für Frankreich bringen:

„Es ist ratsam zu unterstreichen, dass es einerseits langfristig interessant sein kann, eine Vereinigung zu gründen, die Deutschland daran hindert, auf eigene Faust atomare Anstrengungen zu unternehmen, und das andererseits eine Zusammenarbeit begrenzten Charakters in einigen klar umrissenen Bereichen wie dem der Trennung der Uranisotopen – kurzfristig gesehen – französischen wie deutschen Industriellen gemeinsam zum Vorteil gereichen könnte.“<sup>15</sup>

Das CEA stand europäischer Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie jedoch voller Skepsis gegenüber. Das CEA fürchtete nicht nur seine mittlerweile einflussreiche Position in der französischen Regierungsorganisation zu verlieren<sup>16</sup>. Das *Commissariat* hielt bilaterale Alternativen auch für erfolgreicher, weil es so schnell wie möglich eine Isotopentrennanlage in Frankreich bauen wollte – da für die Entwicklung einer Atomwaffe angereichertes Uran (U235) erforderlich ist, welches wiederum nur durch Isotopenspaltung gewonnen werden kann. U235 erhielt Frankreich bislang nur aus den Vereinigten Staaten.

Als sich herausstellte, dass die amerikanische Regierung versuchte, die französischen Pläne für den militärischen Einsatz von Kernenergie zu hintertreiben, mäßigte das CEA seine ablehnende Haltung zu einer europäischen Atomgemeinschaft<sup>17</sup>. Im Verlauf einer Kabinettsitzung am 22. April 1955 ließ Faure sich

---

(Atomfragen) und General Pierre Koenig (Verteidigung) zeigten keine Übereinstimmung mit Faures Erklärung gegen den militärischen Einsatz von Kernenergie. Vgl. Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. I, S. 1152; Weilemann, *Die Anfänge*, S. 39 f.; Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 116; Goldschmidt, *Les rivalités*, S. 208.

<sup>14</sup> Vgl. Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, S. 38; Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. I, S. 1152 f.; Gérard Bossuat, *The French administrative elite and the unification of Western Europe, 1947–58*, in: Anne Deighton (Hrsg.), *Building Postwar Europe. National Decision-Makers and European Institutions, 1948–63*, Oxford 1995, S. 27 f.

<sup>15</sup> *Historical Archives of the European Union Florenz* (künftig: HAEU Florenz), MAEF/OW (Papiers directeurs: Olivier Wormser), 304, S. 40, *Direction des Affaires Economiques et Financières. Service de Coopération Economique*, Note, 14. 4. 1955.

<sup>16</sup> Vgl. Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 121–125; Goldschmidt, *Les rivalités*, S. 209.

<sup>17</sup> Anfang 1955 ergriff das CEA Initiativen zum Bau einer Isotopentrennanlage, die aber am amerikanisch-(britischen) Monopol für angereichertes Uran scheiterten. Am 4. Februar erfuhr die französische Regierung aus London, dass die laufenden französisch-britischen Beratungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Produktion von angereichertem Uran abgebrochen wurden. Die USA hatten ein Veto gegen jede nukleare Zusammenarbeit mit Frankreich einge-

schließlich überreden. Die Regierung stellte sich hinter die Pläne für eine europäische Atomgemeinschaft<sup>18</sup>.

### Stille Diplomatie

Am 29. April 1955 besuchte der französische Außenminister, Antoine Pinay, für zwei Tage Bundeskanzler Adenauer in Bonn. Dabei erklärte Pinay, dass Ministerpräsident Faure neue Institutionen im Bereich des Verkehrs und der Kernenergie befürworte, aber dass „bis zu einer Änderung der französischen Mehrheits-Verhältnisse nach den Wahlen im Jahre 1956“ ein „vorsichtiges Vorgehen“ geboten sei<sup>19</sup>. Dies gelte insbesondere für die Pläne für einen Gemeinsamen Europäischen Markt (darunter auch die für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)). Adenauer stimmte dem zu. In der Presseerklärung sagten Adenauer und Pinay, dass „die Erforschung und die Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke notwendigerweise nach einer [...] Integration verlangen“<sup>20</sup>.

Am 20. Mai sandten die Benelux-Staaten den anderen drei Regierungen der EGKS-Mitgliedsstaaten ein gemeinsames Memorandum. In diesem so genannten Benelux-Memorandum wurde die Gründung einer Atomgemeinschaft mit den niederländischen Plänen für die Gründung eines gemeinsamen Markts verknüpft. Das Benelux-Memorandum wurde während der nächsten Konferenz der EGKS-Außenminister in Messina ein Beratungsthema. Adenauer wollte nicht selbst an dieser Konferenz teilnehmen<sup>21</sup>. Da er aber seine Abmachungen mit Pinay halten wollte, lautete seine Anweisung an seinen Stellvertreter Walter Hallstein betreffend des Gemeinsamen Marktes: „Zustimmung [...] so weit gehend,

---

legt. Außerdem wurden die Ambitionen des CEA durch die strenge amerikanische Kontrolle der Menge und der Qualität des nach Frankreich exportierten Urans und durch die geringe Bereitschaft der USA, ihr Wissen mit Frankreich zu teilen, behindert. Schließlich stellte sich heraus, dass Belgien nicht dazu bereit war, Uranerz aus Belgisch Kongo zum selben (niedrigen) Preis an Frankreich zu liefern wie an die USA. Vgl. Helmreich, *United States*, S. 390; Pierre Guillen, *La France et la négociation du traité d'EURATOM*, in: Michel Dumoulin u. a., *L'Énergie nucléaire en Europe. Des origines à EURATOM*, Bern 1994, S. 116; Pierre Guillen, *La France et la négociation des traités de Rome: l'EURATOM*, in: Serra (Hrsg.), *Il rilancio*, S. 514; Peter Fischer, *Atomenergie*, S. 206; Gérard Bossuat, *L'Europe des français 1943–1959. La IV<sup>e</sup> République aux sources de l'Europe communautaire*, Paris 1996, S. 266.

<sup>18</sup> Vgl. Pineau/Rimbaud, *Le grand pari*, S. 162; Guillen, *La France*, in: Serra (Hrsg.), *Il rilancio*, S. 515.

<sup>19</sup> Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), N1351 (Nachlass Herbert Blankenhorn), 45b, S. 14–17, Streng geheim! Niederschrift über die Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Außenminister, 29. 4. 1955; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (künftig: PA AA Berlin), Abt. 2/Bd. 900, Bl. A9010, Aufzeichnung des Gesprächs am 29. 4. 1955.

<sup>20</sup> Margarete Müller-Marsall/Michael Coenen, *Deutschland 1949 bis 1999*; in: *Archiv der Gegenwart, Deutschland 1949 bis 1999*, Bd. 2: September 1953–Oktober 1957, Sankt Augustin 2000, S. 1439; vgl. auch Fischer, *Atomenergie*, S. 210; Soutou, *L'alliance*, S. 40 f.

<sup>21</sup> Als Begründung hatte der Bundeskanzler angeführt, dass er bald als Außenminister zurücktreten werde.

wie Frankreich bereit ist. Eventuell hier nachlassen.“ Die Ermächtigung war bezüglich der Prioritätenliste eindeutig: „Frage Atomenergie als wichtigsten Punkt des Programms behandeln!“<sup>22</sup>

Trotzdem verlief die Konferenz von Messina am 1. und 2. Juni 1955 äußerst mühsam. Der geringe Verhandlungsspielraum, den Faure seinem Außenminister eingeräumt hatte, zwang Pinay, konkrete Schritte lediglich in Richtung einer Atomgemeinschaft zu favorisieren, während er zugleich darauf hinwirkte, dass Entscheidungen über einen Gemeinsamen Markt auf die lange Bank geschoben wurden<sup>23</sup>. So konnten die Minister der Benelux-Staaten Pinay für die Idee einer „étude préalable“ gewinnen<sup>24</sup>. Diese Untersuchung sollte von einem *Comité Intergouvernemental* (einem Ausschuss von Regierungsabgeordneten, dessen Beschlüsse für ihre Regierungen nicht verbindlich seien) durchgeführt und dessen Befund am 1. Oktober 1955 den Außenministern vorgelegt werden. Kurz nach der Konferenz von Messina wurde der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak als „personnalité politique“ zum Leiter der Beratungen des Ausschusses ernannt<sup>25</sup>.

In der Kommission für Kernenergie, die der Spaak-Ausschuss eingerichtet hatte, engagierte sich die französische Delegation von Anfang an stark für eine Atomgemeinschaft mit einem Handelsmonopol<sup>26</sup>. Der Fürsprache des deutschen Botschafters in Brüssel, Carl Friedrich Ophüls, zum Trotz stieß das Projekt einer Atomgemeinschaft auf großen Widerstand in Deutschland, gerade Wirtschaftsminister Ludwig Erhard führte einen heftigen Kampf gegen eine (supranationale jedoch) sektorale Integration und auch gegen die Haltung von Ophüls in Brüssel<sup>27</sup>.

Am 6. September 1955 fand in Noordwijk eine weitere Konferenz der EGKS-Außenminister statt. Spaak bat die Konferenz um Aufschub des Abschlussberichtes. Sein Ausschuss brauche mehr Zeit<sup>28</sup>. Während der Konferenz nahm Pinay Spaak beiseite, um ihm klar zu machen, dass Frankreich unter keiner Bedingung auf den militärischen Einsatz von Kernenergie verzichten würde, falls es einer europäischen Atomgemeinschaft beitrete. Als wichtigstes Argument brachte Pinay vor, dass das französische Parlament nie einer europäischen Atomgemeinschaft zustimmen würde, „wenn diese der militärischen Entwicklung

<sup>22</sup> PA AA Berlin, Abt. 2/Bd. 900, Bl. A9010, Ermächtigung Adenauers für Messina 26. 5. 1955 (Unterstreichung im Original).

<sup>23</sup> Vgl. Guillen, *La France*, in: Serra (Hrsg.), *Il rilancio*, S. 515; Jean-Marie Palayret, *Les décideurs français et allemands face aux questions institutionnelles dans la négociation des traités de Rome*, in: Marie-Thérèse Bitsch (Hrsg.), *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes*, Bruxelles 2001, S. 111; Pineau/Rimbaud, *Le grand pari*, S. 173.

<sup>24</sup> Michel Dumoulin, *Spaak*, Bruxelles 1999, S. 508; vgl. auch PA AA Berlin, Abt. 2/Bd. 901, Bl. A9013, Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS – Sekretariat, Luxemburg, 13. 6. 1955, Entwurf des Protokolls der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS.

<sup>25</sup> HAEU Florenz, CM3/1, MAE/SEC 13/4, No. III, *Le Comité Intergouvernemental*.

<sup>26</sup> HAEU Florenz, MAEF DE-CE, MAE/CIG15, *Note de la Delegation Française*, 18. 7. 1955.

<sup>27</sup> Ebenda, MAE/CIG7, *Note de la Délégation allemande*, *Objet: Tâches de la commission de l'énergie nucléaire*, 18. 7. 1955; vgl. auch Eckert, *Kernenergie*, in: Herbst u. a. (Hrsg.), *Marshallplan*, S. 320; Weilemann, *Die Anfänge*, S. 33, S. 37–40, S. 49–51 u. S. 54 f.

<sup>28</sup> HAEU Florenz, CM3/1, MAE/SEC 13/4, No. V, „*La Conférence de Noordwijk*“.

Frankreichs im Weg stehen sollte<sup>29</sup>. Wie Spaak selber sagte, merkte er sich Pinays Warnung gut.

Das deutsche Außenministerium versuchte unterdessen, der zunehmenden Aversion der Bundesregierung gegen die Atomgemeinschaft entgegenzusteuern. So erwähnte Außenminister Heinrich von Brentano während eines Treffens im September 1955 mit seinem amerikanischen Amtskollegen John Foster Dulles, dass es sehr hilfreich sein würde, wenn die amerikanische Regierung sich unmissverständlich für eine europäische Atomgemeinschaft ausspräche. Darauf sagte Dulles zu, dass die Bundesrepublik Deutschland „darauf zählen könne, dass die USA ihr Gewicht auf jede Weise und für jedes vernünftige Programm einsetzen werden, das zur europäischen Intergration führt“<sup>30</sup>.

Mit Ausnahme der Kommission für Kernenergie hielten die übrigen Kommissionen die von Spaak verlängerte Frist für die Berichterstattung ein. Für das Nachhinken der Kommission für Kernenergie war die westdeutsche Delegation verantwortlich. Diese weigerte sich, dem Abschlussbericht des Vorsitzenden Louis Armand, der unter anderem die Gründung einer gemeinsamen Isotopentrennanlage und ein Handelsmonopol forderte, zuzustimmen (Armand führte in diesem Bericht auch den Namen EURATOM ein)<sup>31</sup>. Für die plötzlich unversöhnliche Haltung der westdeutschen Delegation gab es einen Grund: Auf Wunsch Adenauers war Franz Josef Strauß zum Minister für Atomfragen ernannt worden<sup>32</sup>. Der neue Minister wollte sich – wie es seine Art war – in erster Linie für die Interessen der westdeutschen Industrie und Wissenschaft im Kernenergiesektor einsetzen. Außerdem befürwortete er die bilaterale Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Es schien nicht unwahrscheinlich, dass Strauß mit diesem Standpunkt mit einer Mehrheit im eigenen Kabinett rechnen konnte<sup>33</sup>.

Im *State Department* erfuhr man Mitte Oktober, dass die westdeutschen EURATOM-Gegner der Ansicht waren, eine Atomgemeinschaft sei für die EGKS-Mitgliedstaaten ungünstiger als eine bilaterale Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Zwei Tage später bemerkte der amerikanische Gesandte bei der EGKS, dass „clarification of US position might force Germans to give up lone wolf approach“<sup>34</sup>. Andererseits suchte das Auswärtige Amt in amerikanischer Sicht den möglichen Schaden, den Strauß anrichten könnte, so weit wie möglich zu begrenzen. Am 20. Oktober – einen Tag nach der Ernennung von Strauß – regte

<sup>29</sup> Paul-Henri Spaak, *Combats inachevés*, Bd. II, Paris 1969, S. 89.

<sup>30</sup> *Foreign Relations of the United States 1955–57* (künftig: FRUS), Bd. IV: *Western European Security and Integration*, Washington 1986, Editorial Note (Memorandum of conversation) von Coburn C. Kidd, Dok. 119, S. 330.

<sup>31</sup> Vgl. Eckert, *Kernenergie*, in: Herbst u. a. (Hrsg.), *Marshallplan*, S. 320; Weilemann, *Die Anfänge*, S. 46.

<sup>32</sup> Vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg, Bd. 8: 1955, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena, München 1997, 99. Kabinettsitzung am 6. 10. 1955, S. 545–562, hier S. 553 f.

<sup>33</sup> Vgl. Fischer, *Atomenergie*, S. 274 f.; Helmreich, *United States*, S. 394.

<sup>34</sup> FRUS, Bd. IV, Telegram from the Ambassador in Belgium (Alger) to the Department of State, 21. 10. 1955, Dok. 121, S. 332.



in der Tat Ophüls beim *State Department* an, die amerikanische Regierung solle betonen, dass eine bilaterale Zusammenarbeit keine Vorteile gegenüber EURATOM bringen würde<sup>35</sup>.

Die Demarche von Ophüls hatte Erfolg. Am 24. Oktober teilte der *acting Secretary of State* Herbert Hoover der amerikanischen Botschaft in Bonn folgendes mit: man solle verhindern, dass die westdeutschen Gegner einer europäischen Atomgemeinschaft dieses Projekt mit dem Hinweis auf die bilaterale Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten aushebeln würden<sup>36</sup>. Einige Tage später erhielten unter anderem Strauß und Brentano ein geheimes *aide-memoire*<sup>37</sup>. Die Nachricht war deutlich: die US-Regierung legte keinen Wert auf westdeutschen Widerstand gegen das (supranationale) Handelsmonopol. Die diplomatische Offensive konnte jedoch nicht verhindern, dass Strauß Mitte Oktober tatsächlich genügend Unterstützung im Kabinett für eine Instruktion an die westdeutsche Delegation erhielt, am 4. November dem Entwurf des Abschlussberichtes nicht zuzustimmen. Dies hielt Armand übrigens nicht davon ab – nach Beratung mit Spaak –, den Bericht trotzdem vorzulegen<sup>38</sup>.

Für Spaak war klar, dass es nicht nur die Interessen der westdeutschen Industrie waren, aus denen sich die Opposition von Strauß gegen EURATOM speiste. Spaaks Ansicht nach wurde die Haltung von Strauß vor allem durch den Wunsch bestimmt zu vermeiden, dass „Frankreich in den Genuss einer privilegierten Lage komme“<sup>39</sup>. Spaak wusste jedoch seit der Konferenz von Noordwijk, dass eine Zustimmung zu französischen Privilegien unabdingbar sei, um den EURATOM-Verhandlungen überhaupt Aussicht auf Erfolg zu geben. Mitte November besuchte Spaak Bundeskanzler Adenauer in seinem Haus in Rhöndorf. Der Bundeskanzler beruhigte Spaak und versicherte ihm, dass er, wie Spaak es einige Zeit später in einem Telefongespräch mit Dulles umschrieb, Minister Strauß durch unmissverständliche Anweisungen auf den gewünschten pro-europäischen Weg bringen würde<sup>40</sup>. Einen Tag nach dem Besuch von Spaak traf Adenauer in Rhöndorf Vereinbarungen mit Pinay, die den Spaak gemachten Zusagen entsprachen. In der Presseerklärung wurden dann der enttäuschende Verlauf der zweiten Vier-Mächte-Konferenz in Genf (als Fortsetzung der Konferenz in Genf von Juli 1955) und der Wunsch von Adenauer und Pinay, „die europäische Integrationspolitik in verstärkter Form“ fortzusetzen, miteinander in Verbindung gebracht<sup>41</sup>.

<sup>35</sup> Vgl. ebenda.

<sup>36</sup> Vgl. FRUS, Bd. IV, Telegram from the Acting Secretary of State to the Embassy in Germany, 24. 10. 1955, Dok. 123, S. 336 f.

<sup>37</sup> Vgl. Eckert, Kernenergie, in: Herbst u. a. (Hrsg.), Marshallplan, S. 321.

<sup>38</sup> Vgl. Weilemann, Atomenergie, S. 45–47.

<sup>39</sup> Spaak, Combats, Bd. 2, S. 89; vgl. auch Wilkens, Jean Monnet, in: Ders. (Hrsg.), Interessen verbinden, S. 123; Eckert, Kernenergie, in: Herbst u. a. (Hrsg.), Marshallplan, S. 320; Soutou, L'alliance, S. 74.

<sup>40</sup> Vgl. FRUS, Bd. IV, Telegram from the Secretary of State to the Department of State, 17. 12. 1955, Dok. 140, S. 371.

<sup>41</sup> Müller-Marsall/Coenen, Deutschland 1949 bis 1999, S. 1603. In den Genfer Konferenzen beratschlagten die Siegermächte zum ersten Mal seit der Konferenz von Potsdam über ein

## Die Analyse in Washington

Am 29. November 1955 musste die Regierung Faure angesichts drängender Wirtschaftsprobleme Neuwahlen ausschreiben. Die Brüsseler Beratungen über EURATOM und den Gemeinsamen Markt wurden daraufhin vertagt. Die britische Diplomatie versuchte, Gewinn aus dieser Situation zu schlagen und auf den westdeutschen Widerstand gegen EURATOM einzuwirken. Denn London lancierte Pläne für eine westeuropäische Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie, die innerhalb der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) angesiedelt sein sollte. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass die britischen Versuche, die Sache zum Vorteil Londons zu ändern, wenig Chancen hatten, da das *State Department*, auch mit Blick auf das magere Ergebnis der Genfer Konferenz, die britische Linie nicht unterstützte. Am 11. Dezember schrieb Dulles einen vertraulichen Brief an den britischen Außenminister Harold Macmillan. Er begann mit der Mitteilung, dass er „[i]n the light of the Geneva Conference“ überzeugt sei von „the necessity of strengthening in every way possible the unity and purpose of the West“. In demselben Brief war sich Dulles der zwei möglichen Alternativen für eine europäische Integration bewusst: EURATOM (und der Gemeinsame Markt) oder die OEEC. Dulles' Wahl war deutlich: „To my mind, the six-nation grouping approach gives the greatest hope [...] because of the closer unity which is inherent in that Community.“<sup>42</sup>

Obwohl Dulles offensichtlich EURATOM unterstützen wollte, bestanden in der amerikanischen Regierung noch Zweifel an der Richtigkeit dieses Kurses. In der *Atomic Energy Commission* (AEC) machte man sich große Sorgen über die Zuverlässigkeit von Frankreich, vor allem was den französischen Wunsch nach einer Atombombe betraf. Der Vorsitzende der AEC, Admiral Lewis Strauss, war hinsichtlich der französischen Beteiligung an EURATOM der Ansicht, „involved in the project were as many doubtful characters [...] as were to be found in France generally“. Außerdem stand er dem, was er die „sozialistischen Aspekte von EURATOM“ nannte, voll Skepsis gegenüber<sup>43</sup>. Damit zielte Strauss auf das Handelsmonopol, das mit dem Projekt von EURATOM verknüpft sein sollte.

Es gab also schwerwiegende Gründe, so schnell wie möglich einen einheitlichen amerikanischen Standpunkt zu formulieren. In einer Aufzeichnung vom 6. Dezember 1955 kam das *Office of European Regional Affairs* (OERA) im *State Department* hinsichtlich der westeuropäischen Zusammenarbeit zu dem Schluss:

---

Sicherheitssystem für Europa und über die Zukunft von Deutschland. Mitte November wurde deutlich, dass die drei westlichen Mächte und die Sowjetunion nicht zu einer Übereinkunft gelangen würden.

<sup>42</sup> FRUS, Bd. IV, Letter From the Secretary of State to Foreign Secretary Macmillan, 10. 12. 1955, Dok. 135, S. 362 f.

<sup>43</sup> Vgl. FRUS, Bd. IV, Memorandum From the Director of the International Cooperation Administration (Hollister) to the Secretary of State, 13. 1. 1956, Dok. 148, S. 393, und ebenda, Memorandum of a Conversation, 5. 1. 1956, Dok. 146, S. 387.

„For us to remain comfortably mute for much longer presents ominous possibilities. For Germany, at least, a failure of the present drive towards integration could remove all restraints upon those special interests capable even now of exploiting East-West tensions in a bold gamble to advance narrow German nationalist purposes. Rampant and successful German nationalism could hardly fail to breed predatory and competitive nationalism elsewhere in Western Europe, from which only the Soviet Bloc could benefit. To forestall such a disastrous, perhaps irreparable, setback to Free World strength and unity, the United States should be prepared to respond promptly, concretely, and favorably to an initiative coming out of Europe.“<sup>44</sup>

In derselben Aufzeichnung wurde festgestellt, dass die amerikanische Regierung die Möglichkeiten zu „effektiver und konstruktiver Führung auf dem Felde der Atomenergie, wie diese mit unseren Zielen in Europa zusammenläuft“, ungenügend genutzt habe. Nach der Meinung von OERA lag die Ursache hauptsächlich darin, dass AEC und *State Department* nicht am gleichen Strang zögen. Das OERA schlug daher vor, ein Programm für konstruktive amerikanische Aktionen im Hinblick auf Spaak und seinen Ausschuss zu entwickeln. Laut OERA sollte die amerikanische Regierung die Schaffung von Anlagen zur Isotopenspaltung in Europa mit Know-how, aber auch finanziell unterstützen. Als wichtigsten Grund für eine solche Geste nannte das OERA, „unser Vertrauensbeweis muss dem ihren entsprechen“<sup>45</sup>.

Außer der Aufzeichnung von OERA zirkulierte in der Spitze des *State Department* noch eine zweite Analyse. Am 27. Dezember sandte Botschaftsrat Howard Robinson aus Paris einen ausführlichen Brief an Robert Bowie, den Planungschef des *State Department*. Robinson plädierte für eine pragmatische Lösung. Ihm zufolge war deutlich, dass Frankreich kurzfristig über genügend Spaltmaterial verfügen würde, um mit der Produktion von Atomwaffen anzufangen. Diese Tatsache war, laut Robinson, nicht nur aus amerikanischer Sicht beunruhigend. Wenn Frankreich in den Besitz von Atomwaffen gelangte, müsste das nach Robinsons Meinung „bound to raise problems vis-à-vis the Germans which would result in placing great if not fatal strains on the present tenuous relationship“<sup>46</sup>. Für ihn zählte daher nicht das „ob“, sondern das „wie“. Die Frage sei, mit welcher Organisation in Europa die Vereinigten Staaten im Bereich der Kernenergie kooperieren sollten<sup>47</sup>. Robinson sah in EURATOM die beste Möglichkeit. Sein Vorschlag lautete: Die Vereinigten Staaten sollten erwägen, unter strenger und adäquater Kontrolle – für die eine supranationale Organisation bürgen sollte – viele von

<sup>44</sup> FRUS, Bd. IV, Memorandum Prepared in the OERA, 6. 12. 1955, Dok. 133, S. 356; vgl. auch Eckert, Kernenergie, in: Herbst u. a. (Hrsg.), Marshallplan, S. 322.

<sup>45</sup> FRUS, Bd. IV, Memorandum Prepared in the OERA, 6. 12. 1955, Dok. 133, S. 358 f.

<sup>46</sup> FRUS, Bd. IV, Letter From the Special Assistant to the Ambassador in France (Robinson) to the Assistant Secretary of State (Bowie), 27. 12. 1955, Dok. 145, S. 379–381.

<sup>47</sup> Vgl. FRUS, Bd. IV, Memorandum From the Special Assistant to the Secretary of State for Atomic Energy Affairs (Smith) to the Assistant Secretary of State for European Affairs (Merchant), 8. 12. 1955, Dok. 134, S. 361.

jenen Informationen, zu der die amerikanische Industrie bereits Zugang habe, für eine europäische Atomgemeinschaft zur Verfügung zu stellen, einschließlich „noch gesperrter Daten der Kategorie ‚vertraulich‘“<sup>48</sup>. Robinson entsprach damit der Analyse von OERA: EURATOM sei von großer Bedeutung für die amerikanische Machtposition gegenüber der Sowjetunion. Auch Präsident Eisenhower stellte sich öffentlich hinter diesen Standpunkt<sup>49</sup>.

Am 19. Januar 1956 formulierte dann Bundeskanzler Adenauer die „Richtlinien der deutschen Europapolitik“, und zwar in einer Situation „unmittelbar nach dem Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz“<sup>50</sup>. In dem Brief an seine Minister stellte er fest, dass „die entscheidenden Staatsmänner des Westens“ großen Wert auf die europäische Integration legten, „wie besonders meine Gespräche mit Pinay und mit Spaak und sehr bestimmte amerikanische politische Erklärungen gezeigt haben“. In Bezug auf EURATOM wies der Bundeskanzler darauf hin: „Die Amerikaner sehen, wie sie offiziell erklärt haben, in einer europäischen Atomgemeinschaft, die im Gegensatz zur OEEC eigene Rechte und Verantwortlichkeiten hat, ein entscheidendes Moment der politischen Entwicklung. Sie sind bereit, eine solche Atomgemeinschaft mit allem Nachdruck zu unterstützen.“<sup>51</sup>

### Französische Privilegien

Am 3. Februar 1956 teilte der amerikanische Botschafter Douglas Dillon aus Paris mit, dass er sich gezwungen sehe, „ein ernstes Warnsignal zu einem wichtigen Aspekt des gegenwärtigen EURATOM-Vorschlags zu geben“: zum militärischen Einsatz von Kernenergie. Dillon fürchtete, „das Bestehen auf dem Verzicht auf das Recht, Nuklearwaffen herzustellen, kann durchaus das Ende von EURATOM bedeuten, soweit es Frankreich betrifft“ – seine Vermutungen wurden durch Beratungen mit dem französischen Außenminister Christian Pineau bestätigt<sup>52</sup>.

Einige Tage später, am 6. Februar, machte der Vorsitzende der Hohen Behörde der EGKS, der Franzose René Mayer, Dulles während eines Besuches in Washington deutlich, dass er nicht glaubte, „that France would ever give up for all time the right to have atomic weapons if others had them“<sup>53</sup>. Er hatte außerdem noch eine zweite entscheidende Botschaft für Dulles: „[t]he key to EURATOM was the unwillingness of the United States to make a bilateral with the Germans“<sup>54</sup>. Dulles versuchte das erste Problem zu beheben, indem er ein Moratorium vorschlug.

<sup>48</sup> FRUS, Bd. IV, Letter From the Special Assistant to the Ambassador in France (Robinson) to the Assistant Secretary of State (Bowie), 27. 12. 1955, Dok. 145, S. 379–386.

<sup>49</sup> Vgl. Winand, Eisenhower, S. 89; Helmreich, United States, S. 396 f. u. S. 399.

<sup>50</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart <sup>4</sup>1989, S. 253.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 253–255.

<sup>52</sup> FRUS, Bd. IV, Telegram From the Ambassador in France (Dillon) to the Department of State, 3. 2. 1956, Dok. 152, S. 401.

<sup>53</sup> FRUS, Bd. IV, Memorandum of a Conversation, 6. 2. 1956, Dok. 155, S. 406.

<sup>54</sup> HAEU Florenz, JMAS (Jean Monnet American Sources), Memorandum for the President, „European Integration and Atomic Energy“ (Dulles), 9. 1. 1956; vgl. FRUS, Bd. IV, Memorandum of a Conversation Between the Secretary of State and Mayer, 9. 2. 1956, Dok. 159, S. 413.

Die EURATOM-Mitgliedstaaten sollten vorübergehend – zum Beispiel für fünf Jahre – von der Produktion von Kernwaffen absehen. Während dieser Zeit bestünde die Hoffnung, dass Verhandlungen über ein Abrüstungsabkommen zwischen den Atommächten Erfolg haben würde<sup>55</sup>.

Am 11. und 12. Februar brach Pineau während der Konferenz in Brüssel, die völlig im Zeichen der EURATOM-Probleme stand, das Schweigen über einen möglichen militärischen Einsatz. Der französische Außenminister schlug vor, ein Moratorium für die Kernwaffenproduktion einzuführen. Der entscheidende Grund für Pineaus Vorschlag war, dass Frankreich aller Voraussicht nach ungefähr fünf Jahre brauchen würde, um *la bombe atomique* tatsächlich zu testen und zu produzieren<sup>56</sup>. Am Ende der Konferenz zog Spaak die Schlussfolgerung, es müsse eine Formel gefunden werden, „qui n'exclue pas définitivement les utilisations militaires“<sup>57</sup>. Als das westdeutsche Kabinett sich am 15. Februar kurz mit der Konferenz in Brüssel beschäftigte, war man sich einig, dass es eine Illusion wäre zu glauben, „daß sich die Gemeinschaft für Atomfragen nur mit ziviler Verwendung beschränken läßt“<sup>58</sup>.

Im Spaak-Bericht, der im April 1956 fertig gestellt war, wurde zum militärischen Einsatz von Kernenergie keine Stellung genommen. Die Delegationsleiter vertraten hier die Meinung, dass die Frage des militärischen Einsatzes von Kernenergie eine schwerwiegende politische Frage sei; sie übersteige ihre Kompetenz<sup>59</sup>. Auch die Frage des Handelsmonopols ließ der Bericht offen<sup>60</sup>. Spaak ließ jedoch am 26. April den Außenministern der EGKS einen Brief zugehen, in dem er – parallel zu den Anregungen von Pineau und Dulles – ein Moratorium von fünf Jahren für das Produzieren und Testen von Kernwaffen vorschlug<sup>61</sup>. Es schien, als ob die Franzosen ihr Ziel, nämlich den militärischen Einsatz von Kernenergie, erreichen würden. Im Rahmen des vorgeschlagenen Moratoriums bot sich Frankreich als Mitglied von EURATOM die Möglichkeit, die Produktion von Kernwaffen vorzubereiten.

Das zweite Ziel Frankreichs, die Kontrolle über den westdeutschen Kernenergiesektor, konnte größtenteils mit der Bildung eines Handelsmonopols für EURATOM erreicht werden. In diesem Punkt stieß Frankreich jedoch auf kräfti-

<sup>55</sup> Vgl. FRUS, Bd. IV, Memorandum of a Conversation, 6. 2. 1956, Dok. 155, S. 407.

<sup>56</sup> Vgl. Bossuat, *L'Europe des français*, S. 305 u. S. 300; Guillen, *La France*, in: Dumoulin u. a., *L'Énergie nucléaire*, S. 116 u. S. 121.

<sup>57</sup> PA AA Berlin, Abt. 2/Bd. 904, Bl. A9020-21, Entwurf des Protokolls der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS vom 11. und 12. Februar in Brüssel u. *Projet de Procès Verbal*, 28. 2. 1956; vgl. auch Bossuat, *L'Europe des français*, S. 304.

<sup>58</sup> Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg, Bd. 9: 1956, bearb. von Ursula Hüllbüsch, München 1998, 120. Kabinettsitzung am 15. 2. 1956, S. 194–202, hier S. 202.

<sup>59</sup> Vgl. *Comité Intergouvernemental créé par la conférence de Messine, Rapport des Chefs de Délégation aux Ministres des Affaires Etrangères*, 21. 4. 1956, S. 122, in: *Archief Ministerie van Buitenlandse Zaken, MAE 120 €/56 C corrigé*.

<sup>60</sup> Vgl. Weilemann, *Die Anfänge*, S. 85.

<sup>61</sup> Vgl. Scheinman, *Atomic energy policy*, S. 155; BA Koblenz, N1337 (Nachlass Karl Carstens), 642.

gen Widerstand von Strauß, der ein Handelsmonopol für unannehmbar hielt. Er trat dafür ein, das Nuklearmaterial in Privathand zu belassen<sup>62</sup>.

Mitte Mai führte Minister Strauß mehrere Gespräche in Washington. In diesen Gesprächen wies er darauf hin, „er habe zwei offenbar widerstreitende amerikanische Ansichten gehört; die eine begünstige EURATOM, die andere das OEEC-Projekt“. Strauß erklärte, dass die westdeutsche Regierung beide Vorgehensweisen kombinieren möchte. Ohne britische Beteiligung würde EURATOM seines Erachtens aus „fünf Blinden und einem Halbblinden (den er als Frankreich identifizierte)“ bestehen. Außerdem setzte Strauß seine amerikanischen Gesprächspartner über seine „Sorge [in Kenntnis], EURATOM werde zum Sozialismus führen“. Er hielt ein Handelsmonopol für die Bundesrepublik Deutschland für absolut unannehmbar. Als Strauß dies Dulles gegenüber darlegte, behauptete dieser: „We do not think so. There is no reason why EURATOM should be socialistic.“<sup>63</sup> Die AEC hatte sich mittlerweile Dulles' Linie angeglichen<sup>64</sup>.

In einer verschlüsselten Nachricht vom 23. Mai analysierte die amerikanische Botschaft in Bonn den Besuch von Strauß in Washington folgendermaßen: „It appears to us that Strauß wished to take advantage of his trip to Washington to find out for himself to what extent US might lend material atomic assistance to Germany on bilateral basis and how strongly US Government actually feels about giving preference to EURATOM over bilateral arrangements.“ Dabei wurde bemerkt: „Request for bilateral deal primarily followed example other CSC countries and does not necessarily denote bad faith on his part since from his point [of] view he had everything to gain if US accepted even part his proposals and nothing to lose.“<sup>65</sup>

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland sich während der Konferenz von Venedig am 29. und 30. Mai 1956 weiterhin einem Handelsmonopol widersetzte, war sie damit einverstanden, mit den Vertragsverhandlungen über EURATOM und den Gemeinsamen Markt anzufangen. Diese sollten am 26. Juni in Brüssel beginnen<sup>66</sup>. Anlässlich der Konferenz in Venedig zog das französische Außenministerium die Schlussfolgerung, dass „die deutsche Regierung aus der Herstellung einer militärischen Parität keine Bedingung für ihren Eintritt in EURATOM zu machen scheine“<sup>67</sup>. Im Juni kam Washington den französischen Wünschen weiter entgegen.

<sup>62</sup> Vgl. Th. W. Vogelaar, *Het eigendomsrecht van EURATOM over bijzondere splijtstoffen*, Assen 1961, S. 10 f.

<sup>63</sup> FRUS, Bd. IV, *Memorandum of a Conversation*, 14. 5. 1956, Dok. 170, S. 435 f.; ebenda, *Memorandum of a Conversation*, 14. 5. 1956, Dok. 172, S. 441.

<sup>64</sup> Am 28. April hatten Maurice Faure und Monnet von Admiral Strauss die Zusage erhalten, dass die Vereinigten Staaten über EURATOM mehr Material und Information an westeuropäischen Staaten zur Verfügung stellen würden als bilateral. Vgl. FRUS, Bd. IV, *Memorandum*, 28. 4. 1956, Dok. 168, S. 432 f.

<sup>65</sup> FRUS, Bd. IV, *Memorandum*, 14. 5. 1956, Dok. 172, S. 441.

<sup>66</sup> Vgl. HAEU Florenz, MAEF/OW („Papiers directeurs“: Olivier Wormser), 306, S. 198 f., Note vom 13. 6. 1956.

<sup>67</sup> Ebenda; vgl. auch PA AA Berlin, Abt. 2/Bd. 905, Bl. A9037, Telegramm (verschlüsselt) aus Mailand an Auswärtiges Amt Bonn (Hallstein) vom 30. 5. 1956.

gen. Die Vereinigten Staaten schlossen ein bilaterales Übereinkommen mit Frankreich, während gleichzeitig die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland in die Länge gezogen wurden<sup>68</sup>. Die große EURATOM-Debatte in der französischen Nationalversammlung vom 5. bis zum 11. Juli bedeutete, nach der Konferenz von Venedig und dem amerikanisch-französischen Übereinkommen, einen dritten Schritt vorwärts. Unter dem Druck des Parlaments erklärte Ministerpräsident Guy Mollet, dass EURATOM auf keinerlei Weise ein Hindernis für das französische militärische Kernenergieprogramm darstelle, denn vor Januar 1961 würde keine Testexplosion stattfinden. Nicht zuletzt aufgrund dieser Zusage mündete die Abstimmung im französischen Parlament in eine Beifallskundgebung für EURATOM (mit 332 zu 181 Gegenstimmen), und damit wurde eine Klausel im EURATOM-Vertrag bezüglich eines Moratoriums überflüssig<sup>69</sup>.

### Die Prioritäten des Bundeskanzlers

Im Sommer 1956 gab es für Bundeskanzler Adenauer eine böse Überraschung; die Amerikaner entwickelten einen neuen Plan zur europäischen Sicherheitspolitik. Dieser Plan wurde in der *New York Times* vom 13. Juli als der Radford-Plan (benannt nach dem Vorsitzenden der Vereinigten Stabchefs, Admiral Arthur Radford) angekündigt. Der Radford-Plan, der laut Adenauer, „für uns in Deutschland außerordentlich große Gefahren in sich“ barg<sup>70</sup>, passte in den so genannten *New Look* der neuen amerikanischen Verteidigungspolitik, die ihre Prioritäten ganz in den weiteren Ausbau des amerikanischen Kernwaffenarsenals setzte. Die konventionellen Streitkräfte sollten hingegen drastisch abgebaut werden, insbesondere die in Übersee stationierten Truppen, auch um damit finanzielle Mittel freizumachen<sup>71</sup>. In den Augen von Adenauer war eine einseitige Truppenreduzierung der Vereinigten Staaten in Westdeutschland sehr gefährlich, weil die „Sowjetzone [...] einschließlich ihrer Polizei über 250.000 Mann unter Waffen [verfügte]“. Die Sowjetunion könne dadurch jeden Moment „an irgendeiner Stelle des Eisernen Vorhanges von ihrer Seite aus eine Art Bürgerkrieg“ anfangen. Laut Adenauer würde das bedeuten, dass „[d]ie Bundesrepublik [...] aufgerollt werden [würde]“, weil „[d]ie Amerikaner [...] bei einer Verwirklichung des Radford-Planes das mit ansehen [würden], ohne einschreiten zu können, denn ein Einschreiten würde einen atomaren Krieg bedeuten“<sup>72</sup>.

Ohne Kernwaffen würde die westdeutsche Armee, so Adenauer, in Zukunft „bloßes ‚Schlachttvieh‘“ sein<sup>73</sup>. Adenauer war deshalb der Meinung, dass die Bun-

<sup>68</sup> Vgl. Helmreich, *United States*, S. 402.

<sup>69</sup> Vgl. ebenda; Winand, Eisenhower, S. 98; Wilkens, Jean Monnet, in: Ders. (Hrsg.), *Interessen verbinden*, S. 129; Eckert, Kernenergie, in: Herbst u. a. (Hrsg.), *Marshallplan*, S. 327.

<sup>70</sup> Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 200.

<sup>71</sup> Vgl. Catherine MacArdle Kelleher, *Germany & the politics of nuclear weapons*, New York 1975, S. 43; Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden 1986, S. 158 f.

<sup>72</sup> Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 200.

<sup>73</sup> Schwarz, *Adenauer und die Kernwaffen*, S. 579.



desrepublik das in den Pariser Verträgen aufgenommene Produktionsverbot von Atomwaffen erneut diskutieren müsse. Tatsächlich sprachen Paris und Bonn über weitere Schritte in der französisch-deutschen Verteidigungszusammenarbeit, nicht nur in der Luftfahrt; Thema war auch der Bau einer Isotopentrennanlage. Selbst Strauß hatte mittlerweile positiv auf die französischen Pläne reagiert<sup>74</sup>. Aus französischer Sicht boten Adenauers Misstrauen gegenüber der amerikanischen Außenpolitik und Strauß' Begeisterung über eine französisch-deutsche Verteidigungszusammenarbeit die Chance, die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich nach französischen Vorstellungen zu gestalten.

Der Radford-Plan schien auch den Argwohn zu bestätigen, den Adenauer hinsichtlich der amerikanischen Haltung in der Suez-Krise hegte. Der Bundeskanzler vertrat die Meinung, die amerikanische Regierung habe die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft ausgelöst, indem sie im letzten Moment die Fördermittel für den Assuan-Damm zurückgenommen habe<sup>75</sup>. Die Entwicklungen in Ägypten machten laut Adenauer „die Ohnmacht Europas erschreckend deutlich“. In diesem Zusammenhang folgerte er, dass „es [...] mehr als zwingend“ sei, „die Voraussetzungen für eine starke gemeinsame europäische Außenpolitik, und zwar unter Einschluß Großbritanniens“ zu schaffen. Adenauer dachte insbesondere in Richtung einer „Belebung des WEU-Vertrages“. Für besonders wichtig hielt er in diesem Zusammenhang, „Großbritanniens Gefühle für die WEU zu erwärmen“<sup>76</sup>.

### **Französisch-deutsche Entente**

Nach der Konferenz von Venedig bemühten sich die EURATOM-Verfechter, den Widerstand von Strauß gegen das Handelsmonopol zu brechen. Am 11. August informierte Max Kohnstamm, Monnets persönlicher Berater, das *State Department*, wie er den Plänen von Strauß entgegenarbeiten wolle. Seine Hoffnung lag dabei auf Franz Etzel, den westdeutschen stellvertretenden Vorsitzenden der Hohen Behörde der EGKS. Etzel hatte vor kurzem Adenauers Angebot, stellvertretender Bundeskanzler zu werden, ausgeschlagen. Nach Kohnstamm war Etzel „inclined to use his actually very great influence“. Kohnstamm glaubte, dass Etzel „will be on our side“, das hieß auf der Seite von Monnet und der amerikanischen Regierung<sup>77</sup>. Am 16. August schickte Kohnstamm Etzel eine Notiz, um ihn über die Ergebnisse der Brüsseler Verhandlungen zu informieren. In den ersten Absätzen seiner Darstellung bemerkte Kohnstamm, die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft habe „erwiesen wie gefährlich es ist, in der Energieversorgung stark vom Nahen Osten abzuhängen“. Kohnstamm folgerte, dass die Abstimmung im französischen Parlament und die Dringlichkeit einer europäischen Energieversor-

<sup>74</sup> Vgl. Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. I, S. 1163.

<sup>75</sup> Vgl. HAEU Florenz, MAEF/SG, Chapitre 33, S. 105–117, *Proces-Verbal de l'entretien du 6 novembre 1956 entre le President Guy Mollet et le Chancelier Adenauer*.

<sup>76</sup> Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 223; vgl. auch Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, S. 302.

<sup>77</sup> HAEU Florenz, MK (Max Kohnstamm), 4, Schreiben an Stanley Cleveland, 11. 8. 1956.



gung „[i]m Grossen und Ganzen [...] einen ausgezeichneten Hintergrund für die Brüsseler Verhandlungen bilden würden“<sup>78</sup>.

Auch Adenauer war der Meinung, dass die internationale Situation für eine westeuropäische Zusammenarbeit spreche. Die WEU hielt er für eine weitergehende westeuropäische Zusammenarbeit am geeignetsten. Der Bundeskanzler begründete das mit drei Argumenten. Erstens sei eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, auch in Abgrenzung von der amerikanischen Außenpolitik eine absolute Notwendigkeit. Zweitens könnten die EGKS-Mitgliedstaaten im Rahmen der WEU militärisch mit Großbritannien zusammenarbeiten. Drittens sei es nicht notwendig, die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie aufzugeben. Im Gegenteil – die Zusammenarbeit in der WEU biete für die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit, Atomwaffen im Rahmen der Pariser Verträge zu erwerben. Am 14. September sprach Brentano mit dem französischen Regierungschef Mollet über Adenauers neue Pläne. Brentano erklärte, dass die WEU aus Sicht des Bundeskanzlers „zu einer politischen Institution ausgebaut“ werden müsse. Brentano betonte dabei, dass „[d]ie Gelegenheit [...] günstig [sei], um England enger an den Kontinent zu binden“<sup>79</sup>. Mollet reagierte nicht abweisend auf diese Ideen.

Die französische Diplomatie hatte offensichtlich eine Strategie entwickelt, um auf die westdeutsche Regierung einzuwirken. Paris suggerierte einen Zusammenhang zwischen den beiden bereits erwähnten Initiativen zu einer französisch-deutschen Verteidigungszusammenarbeit und EURATOM. Am 17. September sprachen Brentano, Hallstein und Adenauer mit Staatssekretär Faure über EURATOM. Am Ende des Gespräches behauptete Faure, dass die Pariser Verträge der Bundesrepublik zwar verbieten, Kernwaffen zu produzieren, aber nicht untersagen, diese zu besitzen. Auf der Grundlage dieser Interpretation war die französische Regierung der Meinung, dass, „[f]alls die Entwicklung der politischen Lage es erfordere, [...] Deutschland auch mit Atomwaffen ausgerüstet werden [müsse]“<sup>80</sup>. Adenauer griff diese Bemerkung von Faure auf, um seine Besorgnis über den Radford-Plan zu äußern. Angesichts des drohenden amerikanischen Isolationismus sei die militärische Zusammenarbeit in West-Europa eine zwingende Notwendigkeit. Faure unterstrich daraufhin noch einmal die französische Absicht „einer besseren Kooperation bei der Rüstungsproduktion“<sup>81</sup>.

<sup>78</sup> Ebenda, 4, Notiz für Etzel [...] unser Gespräch über EURATOM und Gemeinsamer Markt, 16. 8. 1956.

<sup>79</sup> PA AA Berlin, Bl. 155, Aufzeichnung über eine Unterredung Brentanos und von Maltzans mit dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet am 14. 9. 1956 in Paris, 15. 9. 1956.

<sup>80</sup> Ebenda, Aufzeichnung über eine Unterredung im Außenministerium zwischen Brentano, Hallstein, Faure und dem französischen Geschäftsträger, Maurice de Margerie, am 17. 9. 1956 in Bonn, 19. 9. 1956.

<sup>81</sup> Ministère des Affaires Étrangères, Documents Diplomatiques Français 1956, Bd. II (künftig: DDF II), Paris 1989, No. 188 (II), S. 396, Conversation entre MM. Faure, le chancelier Adenauer et Hallstein, 17. 9. 1956; vgl. Ministère des Affaires Étrangères, Documents Diplomatiques Français 1956, Bd. III (künftig: DDF III), Paris 1990, No. 123, S. 200–202, (IV, Annexe ‚Mémorandum‘), 25. 9. 1956.

Am 25. September hielt Adenauer in Brüssel eine Rede für die *Grandes Conférences Catholiques*; Thema war die Zukunft der europäischen Integration. Mit Blick auf die Suez-Krise betonte Adenauer die Wichtigkeit der westeuropäischen Zusammenarbeit. Europa müsse seine Position zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten durch enge Zusammenarbeit sicherstellen: „Wir müssen handeln!“ Der Bundeskanzler schenkte den Verhandlungen über EURATOM und den Gemeinsamen Markt jedoch kaum Aufmerksamkeit. Er argumentierte vor allem pragmatisch. Sein Ausgangspunkt war, dass „[d]ie europäische Integration [...] nicht starr sein [darf]“, sondern „so dehnbar und so elastisch sein [muß] wie irgend möglich“<sup>82</sup>. Für ihn war die WEU die europäische Organisation der Zukunft<sup>83</sup>.

Einen Tag vor Adenauers Rede war Etzel von Kohnstamm über die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten in den Brüsseler Verhandlungen informiert worden. Bei EURATOM sei die Lage der Dinge unverändert. Kohnstamm stellte fest, dass alle Delegationen, „[m]it Ausnahme der deutschen“, ihre Unterstützung für das „Versorgungssystem, wobei ‚EURATOM‘ zur zentralen Versorgungsstelle wird“, ausgesprochen hätten; das betraf auch das Eigentumsrecht<sup>84</sup>. Kohnstamms Notiz bildete für Etzel die Grundlage für den Brief, den er Adenauer drei Tage später schickte. Etzel empfahl, den westdeutschen Standpunkt beim Handelsmonopol und beim Eigentumsrecht an den französischen Standpunkt anzugleichen<sup>85</sup>.

Während der französisch-deutschen Regierungsberatungen am 29. September 1956 zeigte sich, dass die westdeutsche Regierung ihren Standpunkt noch nicht geändert hatte. Strauß, der bei der Besprechung zugegen war, erklärte erneut, dass er gegen das Handelsmonopol und das Eigentumsrecht sei. Anlässlich des Meinungsaustausches zwischen Faure und Adenauer am 17. September stellte sich heraus, dass man sich bei der Verteidigungszusammenarbeit tatsächlich näher gekommen war<sup>86</sup>. In einer Presseerklärung wurde mitgeteilt, dass Mollet und Adenauer „die Möglichkeit der Bildung einer europäischen Rüstungsge-

<sup>82</sup> Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 298.

<sup>83</sup> Vgl. ebenda, S. 297–299; Wilkens, Jean Monnet, in: Ders. (Hrsg.), Interessen verbinden, S. 132 f.; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 223.

<sup>84</sup> HAEU Florenz, MK (Max Kohnstamm), 4, Notiz über die wichtigsten Fragen, die jetzt in Brüssel zur Diskussion stehen, vom 24. 9. 1956. Hinsichtlich der Kontrolle über das Eigentumsrecht bemerkte Kohnstamm, dass „Anwendungsbestimmungen [...] erst später ausgearbeitet werden [sollten]“, weil (im Sinne des Moratoriums) galt, dass „sie [...] erst wirklich benötigt werden, wenn Frankreich beschliesst, tatsächlich zur Produktion von Bomben überzugehen, d.h. nach 1961“.

<sup>85</sup> BA Koblenz, N1337 (Nachlass Karl Carstens), 643, Brief von Etzel an den Bundeskanzler vom 27. 9. 1956. Nur wenn EURATOM nicht imstande sei zu liefern, müsste es den Mitgliedstaaten erlaubt werden, selber „Kernbrennstoffe“ einzukaufen. Zum Schluss betonte Etzel, dass EURATOM „verpflichtet“ werden müsste, „ohne Diskriminierung und ohne Bedarfsprüfung an alle Verbraucher zu liefern“, dass eine „befriedigende Regelung der Preisfrage erfolgt“ und dass EURATOM ein Vetorecht bezüglich „ausnahmsweise privaten Ankauf von Kernbrennstoffen“ erhält.

<sup>86</sup> PA AA Berlin, B1. 155, Aufzeichnung über die Besprechung zwischen Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mollet am 29. 9. 1956.

meinschaft gemäß den Pariser Verträgen“ prüfen wollten. Während der Pressekonferenz erklärte Adenauer dies genauer. Seiner Meinung nach war eine neue Zeit der westeuropäischen Zusammenarbeit angebrochen, die das Ziel hatte, „dafür zu sorgen, daß Europa und die europäischen Länder ihren Wert, ihre Bedeutung und ihre Geltung in der Welt behalten“. Adenauer betonte bei dieser Gelegenheit noch einmal, dass „[d]ie Einigkeit in Europa [...] noch niemals so stark gewesen [ist,] wie sie heute ist“. Diesbezüglich hatten die Regierungschefs „ihren Willen bekundet [...] den alsbaldigen Abschluß der Verträge über eine europäische Atomgemeinschaft und einen europäischen Gemeinsamen Markt zu ermöglichen“<sup>87</sup>. Es hatte den Anschein, dass Adenauer alle Möglichkeiten – EURATOM, Gemeinsamer Markt, WEU und Rüstungsgemeinschaft – vorläufig offen halten wollte.

Am Nachmittag des 5. Oktobers eröffnete Adenauer die Sondersitzung des Kabinetts, in der die westdeutsche Delegation für die nächste Konferenz der EGKS-Außenminister über den Gemeinsamen Markt und EURATOM instruiert wurde. Als Strauß sich auf den Standpunkt stellte, dass EURATOM für die Bundesrepublik Deutschland „mehr ein Opfer als ein Vorteil“ sei, widersprach Adenauer nachdrücklich. Er „möchte über EURATOM auf schnellstem Wege die Möglichkeit erhalten, selbst nukleare Waffen herzustellen“<sup>88</sup>.

Am Vorabend der Konferenz der EGKS-Außenminister am 20. und 21. Oktober in Paris berichtete Conant von Adenauers Mitteilung, er habe Kenntnis erhalten von „U. S. views concerning the necessity of government ownership of fissionable materials in light of the forthcoming meeting of CSC Foreign ministers in Paris“<sup>89</sup>. Dulles zeigte sich der Botschaft in Bonn gegenüber „hoffnungsvoll“, dass Adenauer ermutigt von Etzel „may be prepared [to] bring Germany into harmony with her negotiating partners“ (in Bezug auf EURATOM)<sup>90</sup>. Die Konferenz führte jedoch zu einem kompletten Misserfolg aufgrund der französisch-deutschen Uneinigkeit über den Gemeinsamen Markt. Auch ein endgültiges Abkommen über das Eigentumsrecht von EURATOM blieb aus<sup>91</sup>.

Das Ziel Adenauers war es offensichtlich, dass das supranationale Projekt von Messina in eine Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der WEU umgeformt würde. Während der Kabinettsitzung am 24. Oktober beauftragte Adenauer Erhard,

<sup>87</sup> Archiv der Gegenwart, Deutschland 1949 bis 1999, S. 1799 f.; vgl. auch DDF II, No. 233, M. Couve de Murville, Ambassadeur de France à Bonn, à M. Pineau, Ministre des Affaires étrangères, 2. 10. 1956, S. 489.

<sup>88</sup> BA Koblenz, N1254 (Nachlass Franz Etzel), 84, und ebenda, N1337 (Nachlass Karl Carstens), 643, Geheim. Auszug aus dem Kurzprotokoll der 155. Kabinettsitzung am 5. 10. 1956; vgl. Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9, 155. Kabinettsitzung am 5. 10. 1956, S. 618–631, hier S. 626.

<sup>89</sup> FRUS, Bd. IV, Telegram 1467 from Bonn, 17. 10. 1956, Dok. 188, S. 468, hier Anm. 3.

<sup>90</sup> FRUS, Bd. IV, Telegram From the Secretary of State to the Embassy in Germany, 30. 9. 1956, Dok. 188, S. 467 f.

<sup>91</sup> PA AA Berlin, Abt. 2/Bd. 907, Bl. A9029, Regierungskonferenz für den Gemeinsamen Markt und Euratom, 13. 11. 1956, Entwurf eines Protokolls über die Konferenz der Aussenminister der Mitgliedstaaten der EGKS in Paris am 20. und 21. 10. 1956.

über Macmillan an die bestehenden britischen Pläne für eine westeuropäische Zusammenarbeit Anschluss zu suchen „und den Gedanken einer großen Freihandelszone innerhalb der WEU-Länder zu fördern“<sup>92</sup>. Am 29. Oktober meldete die amerikanische Botschaft in Paris, dass Herbert Blankenhorn, der westdeutsche NATO-Botschafter, zwei Tage vorher berichtet hatte, dass der „Chancellor still strongly supports concept of European integration but believes it requires fresh approach which will take time to develop“<sup>93</sup>. Die Botschaft in London hatte das Auswärtige Amt dann bereits darüber informiert, dass „der Kanzler Herrn Blankenhorn beauftragt habe, einen Entwurf für deutsche Vorschläge zur Ausweitung der Tätigkeit der WEU auszuarbeiten“<sup>94</sup>.

Als der amerikanische Botschafter in Bonn, Conant, am 30. Oktober mit Adenauer sprach, versicherte dieser, Conant solle sich über die offenen Punkte bezüglich EURATOM keine Sorgen machen. Die Sackgasse, in der die Brüsseler Verhandlungen seit dem Scheitern der Konferenz von Paris steckten, seien keine Bedrohung für EURATOM. Adenauer erklärte sich zu Konzessionen bezüglich EURATOM bereit. Außerdem bemerkte der Bundeskanzler bedeutungsvoll, Strauß, der am 16. Oktober zum Verteidigungsminister ernannt worden war, sei „nun mit anderen Dingen beschäftigt“. Als Conant sicherheitshalber nochmals betonte, dass der westdeutsche Kernenergiesektor seines Erachtens mehr von EURATOM als von einer andersartigen Zusammenarbeit profitiere, musste er feststellen, dass er offene Türen einrannte. Conant bemerkte, dass Adenauer viel von seiner Begegnung mit Mollet am 6. November erwartete, von der er glaubte, dass „die Schwierigkeiten“, auch die in Bezug auf den gemeinsamen Markt, „überwunden werden könnten“<sup>95</sup>.

Einen Tag vorher hatte Adenauer einen Brief von Brentano erhalten, in dem dieser erklärte, dass der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers in Paris „[es] verbietet [...] die Sache noch hinauszuschieben“<sup>96</sup>. Brentano stellte sich hinter Etzels Empfehlungen, den westdeutschen Standpunkt an den französischen anzugleichen. Außerdem berichtete Brentano dem Bundeskanzler, dass er den Auftrag, Initiative im Rahmen der WEU zu ergreifen, vorläufig nicht beachten würde, bis mehr Klarheit über EURATOM und den Gemeinsamen Markt bestehe<sup>97</sup>. Am 31. Oktober empfing Adenauer eine persönliche Nachricht von Mollet. Der französische Regierungschef begann seinen Brief mit einem Hinweis auf die außerordentliche Bedeutung des für den 6. November geplanten Besuchs: „Er soll Gelegenheit geben, unsere gemeinsame Entschlossenheit zu

<sup>92</sup> Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9, 158. Kabinettsitzung am 24. 10. 1956, S. 655–668, hier S. 657 f.

<sup>93</sup> HAEU Florenz, JMAS, 33, From Paris to Secretary of State, 29. 10. 1956 (confidential conversation Blankenhorn, October 27).

<sup>94</sup> BA Koblenz, N1337 (Nachlass Karl Carstens), 537, 25. 10. 1956.

<sup>95</sup> FRUS, Bd. IV, Telegram From the Ambassador in Germany (Conant) to the Department of State, 30. 10. 1956, Dok. 197, S. 480.

<sup>96</sup> BA Koblenz, N1254 (Nachlass Franz Etsel), 84, Geheim – Persönlich, Vertraulich – Der Bundesminister des Auswärtigen (an) Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, 29. 10. 1956.

<sup>97</sup> Ebenda.

demonstrieren, den Aufbau Europas miteinander voranzubringen<sup>98</sup>. In den folgenden Tagen zeigte sich, dass Etzel den Erwartungen der amerikanischen Diplomatie und Kohnstamms in wesentlichem Maße entsprach. Nach einer gemeinsamen Initiative von Etzel und dem Auswärtigen Amt beschloss das westdeutsche Kabinett, den Bedingungen des vorgesehenen Handelsmonopols von EURATOM zuzustimmen<sup>99</sup>.

Auch der *Quai d'Orsay* traf Vorbereitungen für die Begegnung zwischen Mollet und Adenauer<sup>100</sup>. Am 3. November berichtete der französische Botschafter in Bonn, Maurice Couve de Murville, dass er Adenauer von den Plänen für eine französisch-deutsche Verteidigungszusammenarbeit benachrichtigt und dass der Bundeskanzler diese Demarche sehr freundlich aufgenommen habe<sup>101</sup>.

### Die Ereignisse des 6. November 1956

Am 5. November war das westdeutsche Kabinett zu einer Dringlichkeitssitzung zusammengetreten, weil die Rote Armee tags zuvor begonnen hatte, den ungarischen Aufstand mit brutaler Gewalt niederzuschlagen. Adenauer analysierte die internationale Lage – mit Blick auf die Ereignisse in Ungarn wie auch in Ägypten, wo die Suez-Krise zu einem bewaffneten Konflikt eskaliert war –, am selben Tag landeten französische und britische Fallschirmjäger bei Port Said. Der Bundeskanzler teilte mit, dass sein Besuch in Paris einen Tag später als geplant stattfinden würde. In der anschließenden kurzen Diskussion stellte Strauß die Frage, ob ein „still-schweigender Pakt atomica USA/Sowjets“ bestünde, und betonte, dass die „politisch-militärische Einheit des Westens [...] wiederhergestellt werden [muß]“. Westeuropa müsse mit der größtmöglichen Dringlichkeit an einer unabhängigen Verteidigung arbeiten. Selbst dann könnte Europa „[i]n fünf Jahren [...] erst soweit sein, sich selbst zu verteidigen“<sup>102</sup>. Adenauer reagierte zustimmend.

Nach der Kabinettsitzung empfing Brentano den amerikanischen Beauftragten Trimble. Brentano erklärte, dass der Bundeskanzler seinen Besuch in Paris unter dem Druck der Suez-Krise nicht absagen würde, weil „das Letzte getan werden [müsse], um [...] die Solidarität des Westens wiederherzustellen“. Als sein

<sup>98</sup> DDF III, No. 75, Pineau, Ministre des Affaires étrangères, à Couve de Murville, Ambassadeur de France à Bonn; Secret. Réservé, 31. 10. 1956, S. 121 f.

<sup>99</sup> BA Koblenz, N1337 (Nachlass Karl Carstens), 643, Aufzeichnung vom 3. 11. 1956, Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Ministerpräsidenten am 6. 11. 1956 in Paris – Anlage II „EURATOM“. Es handelte sich um die folgenden zwei Bedingungen: (1) dass nach vier Jahren eine Evaluation stattfände, bei der eine Fortsetzung des Monopols von einem Beschluss mit qualifizierter Stimmenmehrheit abhängig sei, (2) dass die Verpflichtung ausschließlich über EURATOM Material zu erwerben verfallende, wenn sich herausstellt, dass EURATOM nicht imstande ist zu liefern, oder „falls die Preise und Bedingungen der Agentur gemessen an anderen Bezugsmöglichkeiten mißbräuchlich sind“.

<sup>100</sup> Vgl. DDF III, No. 123, Notes pour le Président du Conseil en vue des entretiens prévus au cours de la visite à Paris du Chancelier Adenauer, 3. 11. 1956, S. 197–202.

<sup>101</sup> DDF III, No. 104, Couve de Murville à Pineau, Urgent., Réservé, 3. 11. 1956, S. 164 f.

<sup>102</sup> Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9, Sondersitzung am 5. 11. 1956, S. 680–685, hier S. 683 f.

Gesprächspartner schließlich nochmals der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass kurzfristig ein Abkommen über EURATOM erreicht würde, zeigte sich Brentano „zuversichtlich, dass eine Einigung erzielt werde“<sup>103</sup>.

Am selben Tag erklärte der Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion, Marschall Nikolai Bulganin, über Radio Moskau, dass die Suez-Krise zu einem Weltkrieg eskalieren werde, falls die koloniale Aggression gegen das ägyptische Volk und die arabische Welt nicht sofort beendet werden würde. Die Sowjetunion stellte Frankreich und Großbritannien Ultimaten, die überaus deutlich waren. In einem Schreiben an den britischen Premier Sir Anthony Eden stellte Bulganin die Frage, „[i]n what situation would Britain find herself if she were attacked by stronger states, possessing all types of modern destructive weapons?“<sup>104</sup>, während er Mollet vorhielt, es sei unmöglich, „zu übersehen, dass der Krieg in Ägypten sich auf andere Länder ausdehnen und in einen dritten Weltkrieg umschlagen könne“<sup>105</sup>. Die Briefe von Bulganin erreichten London und Paris am 5. November. Außerdem musste man dort feststellen, dass die amerikanische Regierung, trotz der sowjetischen Drohung, mit Kernwaffen einzugreifen, an ihrer Ablehnung des französisch-britischen Vorgehens in der Suez-Krise festhielt.

In der Nacht vom 5. auf den 6. November wurde Adenauer von den Briefen aus Moskau benachrichtigt. Er befand sich bereits mit seinen Beratern im Sonderzug von Bonn nach Paris, um dort Mollet zu treffen. Im Zug blickte man sich nach dem Lesen der Briefe, so Pressechef Felix von Eckardt, „entgeistert an“. Die Anwesenden erkannten, dass die Drohung der Sowjetunion „den ‚großen‘ Krieg, den atomaren Krieg, bedeuten [könnte]“<sup>106</sup>. Adenauer gab den Auftrag, der deutsche Botschafter in Paris solle beim französischen Kabinett nachfragen, inwiefern sein Besuch noch erwünscht sei. Kurz darauf berichtete dieser, dass die französische Regierung gerade jetzt größten Wert auf den Besuch des Bundeskanzlers lege.

Als die deutsche Delegation am Dienstagmorgen, den 6. November, im Amtssitz des französischen Ministerpräsidenten eintraf, konzentrierte sich die Besprechung zwischen den Regierungschefs sofort auf die angespannte internationale Situation. Die französische Regierung rechnete ernsthaft mit einem Raketenangriff auf Paris. Für die damalige Lage war, laut Adenauer, nicht allein Bulganins Brief an Eisenhower maßgebend, sondern auch die Antwort der amerikanischen Regierung<sup>107</sup>, die ebenfalls am 5. November verschickt worden war. Aus Adenau-

<sup>103</sup> PA AA Berlin, B1. 156, Aufzeichnung über den Besuch des Gesandten Trimble am 5. 11. 1956.

<sup>104</sup> FRUS, Bd. XVI: Suez Crisis July 26 – December 31, Washington 1990, Memorandum of a Conversation, 5. 11. 1956, Dok. 511, S. 1003; vgl. auch Henry Kissinger, *Diplomacy*, New York 1994, S. 542.

<sup>105</sup> *Presses universitaires de France, L'Année Politique 1956*, Paris 1957, S. 395.

<sup>106</sup> Felix von Eckardt, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf 1967, S. 465.

<sup>107</sup> Bulganin schrieb u. a. Folgendes an Eisenhower: „Soviet Union and U.S. [...] are two great powers possessing all contemporary forms of armaments. Including atom and hydrogen weapons [...] if Govts of USSR and USA firmly announce their will to guarantee peace and will condemn aggression the aggression will be terminated and there will be no war [...] Mr. President, in these threatening hours when highest principles of morality [...] are being subjected to an

ers Sicht enthielt dieser Brief nämlich „das Angebot, sich die Welt untereinander aufzuteilen“. Das heißt: Das Weiße Haus hatte nicht mit einer eindeutigen Ablehnung auf dieses Angebot reagiert<sup>108</sup>.

Währenddessen legte Adenauer in Paris seine Auffassung über Europa dar. Nach Meinung des Bundeskanzlers war der Augenblick gekommen, in dem die westeuropäischen Staaten sich „contre l'Amérique“ vereinigen müssten. Adenauer sagte, dass das amerikanische Interesse an Europa ständig abnehme, die amerikanische Regierung würde die NATO völlig vernachlässigen. Er führte den Radford-Plan an, um seiner Behauptung mehr Nachdruck zu verleihen. Adenauer unterstrich einmal mehr die Notwendigkeit einer europäischen Einigung, wie auch immer, und behauptete gleichzeitig, dass die amerikanische Regierung so schlecht über die Situation in Europa informiert sei, dass es geradezu zum Heulen sei. Während Brentano sich darum bemühte, den Bundeskanzler zu beschwichtigen, legte dieser vielmehr einen Zahn zu. Er stellte die Frage, ob die Vereinigten Staaten einen Atomkrieg anfangen würden, wenn sie nicht selber angegriffen werden würden. Dann warf Adenauer gegenüber Mollet die Frage auf, „ob die USA im Falle eines russischen Angriffs auf Frankreich und Großbritannien intervenieren würden“? Das war deutlich. Nach Adenauer hing es von den Vereinigten Staaten ab, ob Frankreich und Großbritannien den sowjetischen Drohungen nachgeben mussten. Mollet antwortete, dass diese Frage nun in Washington gestellt werden müsse<sup>109</sup>. Der französische Botschafter in Washington, Hervé Alphand, wurde beauftragt, sich sofort bei der amerikanischen Regierung danach zu erkundigen. Kurze Zeit später, während des Lunchs, empfing die französische Regierung sein Telegramm aus Washington, das nicht mehr enthielt als Dulles' ausweichende Antwort auf die französischen Fragen. Es konnte jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, dass die Vereinigten Staaten das französisch-britische Verhalten in Ägypten verurteilten und nicht gewillt waren, die Sowjetunion mit nuklearen Drohungen unter Druck zu setzen. Das Telegramm wurde auch Adenauer vorgelegt. Nachdem er es sorgfältig gelesen hatte, sagte der Bundeskanzler: „Blasen Sie die Aktion [am Kanal] ab!“<sup>110</sup>.

Gegen vier Uhr mussten zuerst Pineau und danach Mollet die Besprechung mit Adenauer verlassen. Der britische Premier Eden informierte die französische Regierung, dass Eisenhower ihm einige Stunden Zeit gegeben habe, einen Waffenstillstand in Ägypten zu erreichen. Als Mollet von Eden forderte, er solle in Washington ein paar Tage Aufschub heraushandeln, um eine bessere Verhandlungsposition zu erlangen, entgegnete der britische Regierungschef, dass er den

---

ordeal, Soviet Govt turns to Govt of U.S. with proposal for close cooperation to stop aggression and terminate further bloodshed.“ FRUS, Bd. XVI, Bulganin to Eisenhower, 5. 11. 1956, Dok. 505, S. 993.

<sup>108</sup> HAEU Florenz, MAEF/SG, Chapitre 33, S. 105–117, Procès-Verbal de l'entretien du 6 novembre 1956 entre le Président Guy Mollet et le Chancelier Adenauer; vgl. auch Keith Kyle, Suez, London 1991, S. 466; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 304.

<sup>109</sup> HAEU Florenz, MAEF/SG, Chapitre 33, S. 105–117, Procès-Verbal de l'entretien du 6 novembre 1956 entre le Président Guy Mollet et le Chancelier Adenauer.

<sup>110</sup> Eckardt, Ein unordentliches Leben, S. 467.



amerikanischen Forderungen schon zugestimmt habe. Nun schlug Adenauer Mollet Folgendes vor: „An eurer Stelle [...] würde ich annehmen! Das ist ein Gebot der Klugheit.“ Als die französisch-deutschen Besprechungen kurz danach fortgesetzt wurden, ergriff der Bundeskanzler erneut das Wort. „Und jetzt müssen wir Europa machen!“<sup>111</sup>. Kurz danach stimmten Mollet und Adenauer ohne Einwendungen den Kompromissvorschlägen in Bezug auf EURATOM und den Gemeinsamen Markt zu, so wie sie vorher unter der Leitung von Robert Marjolin und Karl Carstens ausgearbeitet worden waren<sup>112</sup>.

In Bezug auf das Handelsmonopol von EURATOM stellte sich nun heraus, dass wichtige Teile der westdeutschen Vorschläge übernommen wurden. Die Mitgliedstaaten durften Material außerhalb von EURATOM erwerben, falls EURATOM nicht liefern konnte, bzw. falls die Lieferbedingungen „missbräuchlich“ seien. Bei den „periodische[n] Überprüfungen“ des Handelsmonopols hatte man die westdeutschen Vorschläge etwas abgeschwächt. Der einzige offen stehende Punkt betraf das Eigentumsrecht. Darüber wurde noch kein endgültiger Beschluss gefasst<sup>113</sup>. Die französisch-deutsche Übereinstimmung bei Gemeinsamen Markt und EURATOM hatte zur Folge, dass Adenauers Initiativen zu einer Verstärkung der WEU nach dem 6. November rasch in den Hintergrund traten.

Am Abend des 13. Novembers empfing Adenauer eine persönliche Nachricht von Mollet, in der dieser auf ein Abkommen über das Eigentumsrecht nach amerikanischem Modell drängte<sup>114</sup>. Die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten der EGKS beschlossen hatten, den militärischen Einsatz von Kernenergie durch Mitgliedstaaten von EURATOM nicht zu verbieten, führte zu einer Komplikation bezüglich des Eigentumsrechts. Die Vereinigten Staaten erachteten das exklusive Eigentumsrecht von EURATOM nämlich als eine Bedingung für die Lieferung von Spaltmaterialien an EURATOM, wobei sie die ausschließlich friedliche Anwendung dieser Stoffe gewährleistet wissen wollten. Diese Gewähr war allerdings von zusätzlichen Vereinbarungen zwischen den Vereinigten Staaten und EURATOM abhängig, da EURATOM nukleares Material ja auch auf anderem Wege – durch eigene Kapazität oder durch andere Staaten als die USA – erlangen konnte. Frankreich plädierte für das exklusive Eigentumsrecht für EURATOM, um somit die Lieferung von besonderen Spaltstoffen aus den Vereinigten Staaten zu sichern<sup>115</sup>.

<sup>111</sup> Pineau/Rimbaud, *Le grand pari*, S. 222 f.

<sup>112</sup> PA AA Berlin, B1. 156, Aufzeichnung vom 9. 11. 1956 über Verhandlungen Brentanos mit Faure am 6. 11. 1956 in Paris; vgl. auch Karl Carstens, *Erinnerungen und Erfahrungen*, Boppard am Rhein 1993, S. 203–209; Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, Bd. I, S. 1035.

<sup>113</sup> BA Koblenz, N1254 (Nachlass Franz Etzel), 84, Carstens an den Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Etzel, 8. 11. 1956, Anlage I; vgl. auch DDF III, No. 146, Pineau, *Ministre des Affaires étrangères, aux représentants diplomatiques de France à Bonn, Rome, Bruxelles, La Haye, Luxembourg, Londres, Washington*, 8. 11. 1956, S. 249.

<sup>114</sup> Vgl. DDF III, No. 165, Maurice Faure, *Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à Couve de Murville, Ambassadeur de France à Bonn – Priorité absolue. Secret*, 13. 11. 1956, S. 288 f.

<sup>115</sup> Vgl. Helmreich, *United States*, S. 406; FRUS, Bd. IV, *Memorandum of a Conversation*, 8. 2. 1957, Dok. 220, S. 521.



Erst zwei Monate später, am 14. Januar 1957, beantwortete Adenauer Mollets Brief. Darin schrieb er: „Ich verkenne nicht, dass wesentliche Mengen spaltbaren Materials [...] durch die Europäische Atomgemeinschaft aus den Vereinigten Staaten von Amerika bezogen werden müssen und dass von amerikanischer Seite ein System des Eigentumsvorbehalts für die Gemeinschaft bevorzugt werden könnte.“ Adenauer war jedoch der Meinung, dass die Mitgliedstaaten der EGKS gemeinsam versuchen müssten, „die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika davon zu überzeugen, dass es völlig unerheblich ist, ob EURATOM den Eigentumstitel hat oder nicht“<sup>116</sup>. Dem Bundeskanzler zufolge lag der Schlüssel für die Lösung der Eigentumsfrage also in Washington und nicht in Bonn.

Am 8. Februar erklärte Spaak in Washington einer Delegation vom *State Department* und der AEC, dass „the decision to permit military uses of atomic energy was unfortunate but politically indispensable“. Dies war Spaak zufolge der Preis, der „to the moderate Right in France for their support of EURATOM“<sup>117</sup> bezahlt werden müsste. Gedrängt von Dulles sagte Gerard Smith daraufhin, dass die amerikanische Regierung nicht glücklich sei mit der Sachlage in der Eigentumsfrage, aber dass sie anerkenne, das Eigentumsrecht nie zur *conditio sine qua non* für eine amerikanische Zusammenarbeit mit EURATOM gemacht zu haben<sup>118</sup>. Kurz danach trat die amerikanische Regierung an die Öffentlichkeit: Sie wolle EURATOM technisch und materiell unterstützen<sup>119</sup>. Zwar bestand ein Widerspruch zwischen dem Beschluss „der Sechs“, den militärischen Einsatz von Kernenergie nicht zu verbieten, und der Tatsache, dass gerade das Eigentumsrecht von EURATOM für die amerikanische Regierung eine Bedingung war, um die friedliche Anwendung (mittels Überwachung) sicher zu stellen. Trotzdem war die Lieferung von Uran aus den Vereinigten Staaten nicht gefährdet.

Über das Eigentumsrecht wurde erst während der Konferenz der EGKS-Regierungschefs am 19. und 20. Februar 1957 in Paris eine Übereinkunft erreicht<sup>120</sup>, nachdem Adenauer persönlich interveniert hatte. Dieser war auch nicht bereit, die Kritik im Kabinett und den Widerstand der westdeutschen Kernenergieinte-

<sup>116</sup> Vgl. HAEU Florenz, MK (Max Kohnstamm), 11, (Copie) Der Bundeskanzler an den französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet, vom 14. 1. 1957.

<sup>117</sup> FRUS, Bd. IV, Memorandum of a Conversation, 8. 2. 1957, Dok. 220, S. 520.

<sup>118</sup> Vgl. ebenda.

<sup>119</sup> Vgl. Winand, Eisenhower, S. 93–98. Dies geschah, während der so genannte Ausschuss der Weisen sich in den Vereinigten Staaten aufhielt. Dieser Ausschuss war am 16. 11. 1956 von den EGKS-Außenministern zur Beratung bezüglich EURATOM eingesetzt worden. Er bestand aus Armand, Etzel und Francesco Giordani und hielt sich Anfang 1957 in Amerika zu Konsultationen über die Ausarbeitung der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und EURATOM auf. Er war das Resultat einer Initiative von Monnet und Kohnstamm im Sommer 1956, um die Verhandlungen über EURATOM voranzutreiben.

<sup>120</sup> Die französischen und deutschen Verteidigungsminister, Bourguès-Maunory und Strauß, hatten bereits am 17. 1. 1957 in Colomb-Béchar ein Abkommen für weitergehende bilaterale militärische Zusammenarbeit geschlossen. Dieses Abkommen diente am 28. November desselben Jahres als Grundlage für ein französisch-italienisch-deutsches Abkommen über eine militärische Arbeitsgemeinschaft. Am 8. 4. 1958 ergab sich daraus ein trilaterales Abkommen über den Bau einer Isotopentrennanlage in Pierrelatte.

ressenten zu akzeptieren. Der Bundeskanzler stimmte letztendlich einem Kompromiss zu, der darin bestand, dass das Eigentumsrecht von EURATOM auf besonderes Spaltmaterial begrenzt wurde<sup>121</sup>. Am 27. März 1957 wurde der EURATOM-Vertrag zusammen mit dem Vertrag über den Gemeinsamen Markt in Rom unterzeichnet.

### Schlussfolgerung

Drei Punkte sind abschließend hervorzuheben: 1. Der enttäuschende Verlauf der (Vier-Mächte-)Konferenz in Genf, Ende 1955, wurde sowohl für die amerikanische als auch für die westdeutsche Regierung zum wichtigsten Grund, um ihren Standpunkt im Hinblick auf EURATOM neu zu formulieren. 2. Die Beweggründe von Bundeskanzler Adenauer, die westdeutsche Position in den EURATOM-Verhandlungen an französische Standpunkte anzugleichen, stand nicht in einem direkten Zusammenhang mit diesen Verhandlungen. Adenauer war in erster Linie daran interessiert, Atomwaffen für die Bundesrepublik zu erlangen. Außerdem scheint es, dass Adenauer längere Zeit mit dem Gedanken spielte, der WEU auf Kosten von EURATOM und dem Gemeinsamen Markt den Vorrang zu geben. 3. Die französische Regierung suggerierte im September 1956 einen gewissen Zusammenhang zwischen den französischen Initiativen zu einer Erweiterung der französisch-deutschen Verteidigungszusammenarbeit und den EURATOM-Verhandlungen. Nicht zuletzt deshalb konnte Frankreich die Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1956 zur Zustimmung zu einem Konzept von EURATOM bringen, wie es den französischen Vorstellungen entsprach.

Die amerikanische Botschaft in Bonn erkannte das im Januar 1957:

„Even though the public was highly critical of the British-French unilateral military action in Egypt, the [German] Government believed strongly that the priority task was the restoration of Western unity. This belief manifested itself in a variety of ways and even in areas only indirectly related. One example may illustrate the point. German agreement to EURATOM's monopoly over the supply and distribution of material was made during the Adenauer-Mollet meeting of November 6, when the French had just received Bulganin's threatening letter and when the Middle East situation and Western disunity had reached a nadir. This major German concession was dictated by political motives – the Chancellor's compelling drive for Western unity and integration – as the Germans have by no means been persuaded that EURATOM's supply monopoly is in their self-interest.“

In derselben Analyse wies der amerikanische Botschaftsrat Elim O'Shaughnessy darauf hin, dass der Radford-Plan bei Adenauer zu einer großen Furcht vor „aggressive Soviet action [...] if conventional forces were severely cut“ geführt

<sup>121</sup> HAEU Florenz, EN (Emile Noël), 336, 26. 2. 1957, Projet de Procès-Verbal de la Conférence des Chefs de Gouvernement et des Ministres des Affaires Étrangères des États membres de la CECA tenue à Paris, 19./20. 2. 1957.

hatte. O'Shaughnessy stellte schließlich fest, dass „Integration“ in Bonn „is not viewed as an inhibition to independent action for the Germans but as means for making German policy more influential“<sup>122</sup>.

Fasst man alles zusammen, so lässt sich der These von Geir Lundestad zustimmen: „It is simply artificial [...] to conclude, as revisionists tend to do, that the American role was rather insignificant.“<sup>123</sup> Während der ersten Phase der Besprechungen und Verhandlungen über EURATOM, die sich von Anfang 1955 bis Mitte 1956 erstreckte, wurde auch zwischen Bonn und Washington intensiv verhandelt. In dieser Phase vertrat das *State Department*, auch auf Veranlassung der proeuropäischen Kräfte in Bonn, den Standpunkt, den die westdeutsche Delegation im Spaak-Ausschuss einnahm. Die zweite Phase stand im Zeichen eines indirekten, aber ausschlaggebenden Einflusses der amerikanischen Außenpolitik auf die westdeutsche Position gegenüber dem Projekt EURATOM. Die amerikanische Regierung weckte mit dem Radford-Plan bei Bundeskanzler Adenauer Misstrauen. Die gemeinsame Sorge um die Machtposition von Europa führte gleichzeitig zu einer zunehmenden Übereinstimmung der französischen und deutschen Außenpolitik bei der Frage der westeuropäischen Zusammenarbeit. Auch die Initiative der französischen Regierung für eine Verbesserung der französisch-deutschen Kooperation bei der Verteidigung fiel in Bonn auf fruchtbaren Boden. Während seines Besuches beim französischen Regierungschef Mollet am 6. November 1956, zur Zeit der Suez-Krise, zog Adenauer aus der Außenpolitik der Vereinigten Staaten weitgehende Folgerungen für seine Europapolitik. Daher kam das französisch-deutsche Abkommen über EURATOM und den Gemeinsamen Markt nun zustande, das wiederum die Grundlage für die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 27. März 1957 bildete. Es stellte sich heraus, dass die Veränderungen des westdeutschen Standpunkts – ebenso wie die Stellungnahme der amerikanischen Regierung um die Jahreswende 1955/56 angesichts des Verlaufes der Genfer Konferenz – vor allem bestimmt wurden vom Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte in Europa und der Welt.

*Übersetzt von Daniela Busscher-Weber*

<sup>122</sup> HAEU Florenz, JMAS, 99, American Embassy Bonn To Dep. of State, 8. 1. 1957.

<sup>123</sup> Lundestad, „Empire“ by integration, S. 133.